

Bernd Berghuber, Margit Schratzenstaller

Bundesvoranschlag 2007/08: zwischen Konsolidierung und Zukunftsausgaben

Der Bundesvoranschlag 2007/08 ist ein Kompromiss zwischen den gegensätzlichen Herausforderungen, mit denen die österreichische Budgetpolitik weiterhin konfrontiert ist. Um Akzente in den Zukunftsbereichen Bildung, Forschung, Wissenschaft, Infrastruktur und soziale Absicherung setzen zu können, wird das Defizit der öffentlichen Haushalte langsamer gesenkt, als es der dynamische Konjunkturverlauf zuließe. Die günstige Wirtschaftslage bietet gleichzeitig gute Voraussetzungen für die Umsetzung der anstehenden Reformprojekte im öffentlichen Sektor (Staats- und Verwaltungsreform, Haushaltsrechtsreform), um längerfristig den Budgetspielraum für die Ausweitung der Zukunftsausgaben zu vergrößern. Strukturelle Einsparungen auf der Ausgabenseite sollen darüber hinaus eine umfangreiche Steuerentlastung am Ende der Legislaturperiode ermöglichen. Im Ergebnis sollten die geplanten Maßnahmen die Staatsquoten auf der Bundesebene sowie für den Gesamtstaat senken.

Begutachtung: Hans Piflik • Wissenschaftliche Assistenz: Dietmar Klose • E-Mail-Adressen: Bernd.Berghuber@wifo.ac.at, Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at, Dietmar.Klose@wifo.ac.at

Die Budgetpolitik ist weiterhin mit widersprüchlichen Herausforderungen konfrontiert. So sollen die Mehreinnahmen und Minderausgaben, die aus der seit einiger Zeit guten Konjunktur resultieren, zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte genutzt werden: Der "präventive Arm" des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes sieht in wirtschaftlich "guten Zeiten" die Senkung des strukturellen öffentlichen Defizits um mindestens 0,5% des BIP vor. Eine betont expansive Ausgabenpolitik wäre der derzeitigen Konjunkturlage nicht angemessen. Gleichzeitig bestehen jedoch in Österreich – wie auch das WIFO in seinem Weißbuch für Wachstum und Beschäftigung ausführlich dargelegt hat – in einigen für den langfristigen Wachstumspfad zentralen Zukunftsbereichen (vor allem Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur) nach wie vor Defizite. Deren Beseitigung erfordert nicht nur strukturell-qualitative Maßnahmen, sondern impliziert auch ein verstärktes budgetäres Engagement der öffentlichen Hand.

Diese konjunktur- und wachstumspolitischen Rahmenbedingungen bilden den Hintergrund für die Einschätzung des Ende März 2007 vom Bundesminister für Finanzen präsentierten und im Mai 2007 vom Nationalrat verabschiedeten ersten Budgets der neuen Bundesregierung. Als Doppelbudget umfasst es die Jahre 2007 und 2008 und ersetzt das gesetzliche Budgetprovisorium des Jahres 2007. Der Bundesvoranschlag 2007/08 ist ein Kompromiss zwischen den genannten widersprüchlichen Anforderungen an die Budgetpolitik. Er verbindet eine langsamere Budgetkonsolidierung, als sie die dynamische Konjunkturlage ermöglichen würde, mit leichten Ausgabenerhöhungen in den Bereichen Bildung, Forschung, Wissenschaft, Infrastruktur und soziale Absicherung.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte weist somit zwar eine sinkende Tendenz auf. Es bleibt jedoch angesichts der kräftigen Konjunktur relativ hoch und wird in relativ verhaltenen Schritten gesenkt. Gleichzeitig sind die für die Jahre 2007 und 2008 gesetzten Akzente im Bereich der Zukunftsausgaben unzureichend und wären mittelfristig zu verstärken. Zur Schaffung des dafür erforderlichen Spielraums sind daher insbesondere die großen Reformprojekte zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor selbst zu forcieren: die Bundesstaats- und Verwaltungsreform sowie die Haushalts-

rechtsreform des Bundes (siehe Kasten "Reformprojekte zur Verbesserung der Effizienz der Aktivitäten des öffentlichen Sektors"). Die günstigen Rahmenbedingungen und die damit verbundenen ökonomischen und politischen Möglichkeiten, die die Wirtschaftslage derzeit bietet, sollten für die Umsetzung der anstehenden grundlegenden Strukturreformen im öffentlichen Sektor genutzt werden.

Der Bundeshaushalt im Überblick

Vorläufiger Gebarungserfolg 2006

Laut vorläufigem Erfolg 2006 betrug die Einnahmen des allgemeinen Haushaltes 66,1 Mrd. € und die Ausgaben 70,52 Mrd. €. Somit wurden die präliminierten Einnahmen um 5,75 Mrd. € und die veranschlagten Ausgaben um 4,36 Mrd. € überschritten. Statt wie veranschlagt 5,81 Mrd. € (2,3% des BIP) konnte daher das administrative Defizit des Bundes auf 4,42 Mrd. € (1,7% des BIP) begrenzt werden. Entsprechend geringer fiel mit 3,78 Mrd. € (1,5% des BIP) das Maastricht-Defizit aus, das laut Bundesvoranschlag 2006 auf 5,59 Mrd. € (2,2% des BIP) geschätzt worden war. Der Primärüberschuss des Bundes erhöhte sich auf 3,54 Mrd. € (1,4% des BIP) und überstieg damit deutlich den veranschlagten Wert (1,3 Mrd. € bzw. 0,5% des BIP).

Ein großer Teil der Ausgaben- und Einnahmenüberschreitung resultiert aus der Gebarung von Kapitel 58 (Finanzierungen, Währungstauschverträge; d. h. das Schuldenmanagement des Bundes) und bedeutet somit im Grunde eine reine Budgetverlängerung. Auch die Rücklagengebarung spielt – mit einer Nettorücklagenbildung von rund 300 Mio. € – eine Rolle. Unter Berücksichtigung dieser Effekte verringern sich die Mehrausgaben auf 900 Mio. € und die Mehreinnahmen auf 2,3 Mrd. €.

Auf der Ausgabenseite schlägt sich die Steigerung der Personalausgaben, auch für Landeslehrer, nieder, da die Gehaltsrunde für den öffentlichen Dienst im Bundesvoranschlag 2006 aufgrund des frühen Erstellungsdatums nicht budgetiert wurde; sie wurde durch die Senkung der Pensionsausgaben nur teilweise kompensiert. Hinzu kam ein Anstieg der Zinsausgaben und der Aufwendungen für zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Rahmen der Beschäftigungsoffensive. Ein kleiner Teil der Mehrausgaben konnte durch die Ausgabenbindung für Ermessensausgaben (3% bzw. rund 200 Mio. €) aufgefangen werden.

Die Einnahmenseite profitierte insbesondere vom außerordentlich guten Abgabenerfolg (Mehreinnahmen von knapp 2,1 Mrd. € brutto bzw. 1,6 Mrd. € netto gegenüber dem Bundesvoranschlag 2006). Hinzu kamen Mehreinnahmen aus Veräußerungen und aus Vermietung und Verpachtung sowie höhere Dividenden (ÖIAG, Elektrizitätswirtschaft und OeNB). Die konjunkturbedingt sehr gute Einnahmensituation ist somit maßgebend für die Verbesserung des Defizits des Bundes wie auch des Gesamtstaates.

Bundesvoranschlag 2007

Der Bundesvoranschlag 2007 sieht gegenüber dem vorläufigem Erfolg 2006 im allgemeinen Haushalt einen Rückgang der Einnahmen um 65,71 Mrd. € (-0,6%) und der Ausgaben um 69,57 Mrd. € (-1,3%) vor. Gegenüber dem Voranschlag 2006 nehmen die Ausgaben um 5,2% und die Einnahmen um 8,9% zu. Das administrative Defizit des Bundes wird auf 3,86 Mrd. € (1,4% des BIP), das Maastricht-Defizit auf 3,55 Mrd. € (1,3% des BIP) zurückgehen, der Primärüberschuss geringfügig auf 3,57 Mrd. € (1,3% des BIP) steigen.

Bundesvoranschlag 2008

Laut Bundesvoranschlag 2008 steigen die Einnahmen auf 66,91 Mrd. € (+1,8%) und die Ausgaben auf 69,87 Mrd. € (+0,4%). Der administrative Saldo soll weiter auf 2,96 Mrd. € (1,1% des BIP) gesenkt werden, das Maastricht-Defizit auf 3,28 Mrd. € (1,2% des BIP). Der Primärüberschuss des Bundes wird sich auf 4,28 Mrd. € (1,5% des BIP) erhöhen.

Die österreichische Budgetpolitik im internationalen Kontext

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist, durch strukturelle Einsparungen auf der Ausgabenseite nicht nur einen Budgetspielraum für eine Senkung des Haushaltsdefizits und für notwendige Zukunftsinvestitionen zu schaffen, sondern am Ende der Legislaturperiode auch eine umfangreiche Steuerentlastung zu ermöglichen. Insgesamt sollten diese Maßnahmen das Gewicht des Staates verringern, also die Staatsquoten senken. Dieser Trend entspricht der Entwicklung der letzten Jahre (Übersicht 1), in denen sowohl die Ausgabenquote als auch die Einnahmenquote des Gesamtstaates (Bund, Länder und Gemeinden) rückläufig waren. Bis 2008 soll die Ausgabenquote gegenüber 2006 um 0,8 Prozentpunkte auf 48,3% des BIP reduziert werden, während die Einnahmenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 47,4% des BIP sinken soll. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, in Übersicht 1 durch den Maastricht-Saldo ausgewiesen, basiert demnach vorwiegend auf ausgabenseitigen Maßnahmen. Wie die Entwicklung der Abgabenquote zeigt, werden auch die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) schwächer wachsen als das Bruttoinlandsprodukt, sodass die Abgabenquote 2008 um 0,3 Prozentpunkte

niedriger sein wird als 2006¹⁾). Das derzeit hohe Wirtschaftswachstum erlaubt allerdings – anders als in den letzten Jahren – einen Rückgang der Staatsquoten trotz nomineller Ausweitung der Budgetmittel.

Übersicht 1: Staatsquoten in Österreich

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	In % des BIP								
Ausgabenquote	51,4	50,8	50,7	51,1	50,3	49,9	49,1	48,6	48,3
Einnahmenquote	49,8	50,7	50,0	49,3	49,0	48,3	47,9	47,6	47,4
Maastricht-Saldo	- 1,5	0,0	- 0,5	- 1,6	- 1,2	- 1,5	- 1,1	- 0,9	- 0,7
Abgabenquote	42,9	44,8	43,8	43,2	42,9	42,1	41,8	41,6	41,5

Q: Bundesministerium für Finanzen, Bundesfinanzgesetz 2007/08, Arbeitsbehelf und Beilagen.

Übersicht 2: Staatsquoten im europäischen Vergleich

	Ausgabenquote			Einnahmenquote			Abgabenquote		
	2000	2005	2008	2000	2005	2008	2000	2005	2008
	In % des BIP								
EU 27	.	46,9	45,7	.	44,5	44,7	40,7	39,6	40,1
EU 15	45,0	47,2	46,1	45,9	44,9	45,2	41,2	40,0	40,7
Belgien	49,0	52,2	48,5	49,1	49,9	48,2	45,2	45,5	44,4
Deutschland	45,1	46,8	43,7	46,4	43,5	43,4	42,3	39,1	39,5
Griechenland	51,1	47,1	45,2	47,1	41,6	42,5	37,9	34,4	34,2
Spanien	39,0	38,2	38,5	38,1	39,3	39,7	33,9	35,6	36,7
Frankreich	51,6	53,6	52,7	50,2	50,7	50,8	44,1	43,8	44,1
Irland	31,6	34,4	35,5	36,2	35,5	36,4	31,7	30,8	32,3
Italien	46,2	48,2	48,3	45,3	44,0	46,1	41,8	40,6	42,9
Luxemburg	37,6	42,8	38,0	43,6	42,6	38,6	39,2	38,6	34,5
Niederlande	44,2	45,4	46,2	46,1	45,2	46,3	39,9	38,2	39,7
Österreich	51,3	49,8	47,9	49,8	48,2	47,1	42,9	42,2	41,2
Portugal	43,1	47,5	45,5	40,2	41,4	42,3	34,3	34,9	36,0
Finnland	48,3	50,3	47,3	55,2	53,0	50,9	47,4	44,1	43,5
Dänemark	53,5	52,6	49,6	55,8	57,2	53,1	49,4	50,3	48,1
Schweden	57,1	56,3	52,5	60,9	58,4	54,9	52,7	50,7	48,1
Großbritannien	36,8	43,7	44,3	40,7	40,6	41,9	37,5	37,2	38,5
Bulgarien	.	39,5	37,6	.	41,4	39,6	36,2	34,1	33,2
Tschechien	41,8	44,0	43,0	38,1	40,4	39,4	33,9	36,4	34,3
Estland	36,5	33,2	32,4	36,2	35,5	35,9	31,3	30,9	31,6
Zypern	37,0	43,6	43,9	34,7	41,2	42,6	30,0	35,6	37,3
Lettland	37,3	35,5	36,4	34,6	35,2	36,5	29,5	29,0	29,2
Litauen	39,1	33,6	36,0	35,9	33,1	34,9	30,2	28,9	30,6
Ungarn	46,5	50,0	49,0	43,6	42,2	44,1	38,5	37,4	37,9
Malta	41,0	46,0	43,4	34,9	42,9	41,9	28,2	34,5	34,7
Polen	41,1	43,4	41,4	38,0	39,0	38,0	32,6	32,8	32,4
Rumänien	48,4	33,7	34,2	43,8	32,4	31,0	35,0	27,9	26,6
Slowenien	48,2	47,0	44,4	44,3	45,6	42,9	38,6	40,2	37,9
Slowakei	51,7	38,1	35,6	39,8	35,2	32,8	32,9	31,8	29,0

Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2007.

Dieser Effekt unterschiedlicher Wachstumsraten ist auch im europäischen Vergleich zu berücksichtigen (Übersicht 2). Die Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenquote Österreichs liegt weiterhin über dem (ebenfalls sinkenden) Durchschnitt sowohl der EU 27 als auch der EU 15, der Abstand nimmt aber bis 2008 weiter ab. In Europa ist, vor allem in Ländern mit hohen Staatsquoten wie den skandinavischen Staaten, ein deutlich sinkender Trend zu verzeichnen. Gleichzeitig erhöhen sich allerdings die Staatsquoten in manchen Ländern, die einen Aufholprozess durchlaufen (etwa Irland oder einige neue EU-Länder), aber auch in Italien und Großbritannien. Insgesamt ist also eine schwache Konvergenz der Staatsquoten in der EU festzustellen. Abgesehen von Italien sind die Quoten in allen Nachbarländern Österreichs tendenziell rückläufig.

¹⁾ Im Bundesvoranschlag 2007/08 ist die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer noch nicht berücksichtigt. Der direkte Einnahmefall beeinflusst aufgrund des geringen Volumens dieser Steuer die Abgabenquote kaum. Allerdings könnten Folgewirkungen auf die Erträge anderer Steuern die Abgabenquote leicht dämpfen (Berghuber – Picek – Schratzenstaller, 2007).

Glossarium

Administrativer Saldo (Nettosaldo): Einnahmen minus Ausgaben; entspricht der Nettoneuverschuldung.

Allgemeiner Haushalt: Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben; der Saldo entspricht dem Nettosaldo (administrative Nettoneuverschuldung).

Ausgleichshaushalt: Gegenüberstellung der Einnahmen durch Schuldenaufnahme (administratives Bruttodefizit) und der Ausgaben für Schuldentilgungen; der Saldo entspricht dem Nettosaldo (mit umgekehrtem Vorzeichen).

BIP-relevanter Saldo: Nettosaldo, bereinigt um vermögenswirksame Transaktionen (z. B. Einnahmen oder Ausgaben aus Grundstückserwerb oder -verkauf) sowie Rücklagenzuführung.

Bruttosteuerereinnahmen: Einnahmen aus ausschließlichen Bundesabgaben und gemeinschaftlichen Bundesabgaben vor Überweisungen an Bundesfonds, Länder, Gemeinden und die EU.

Durchlaufer: Vergütungen und Überweisungen zwischen Amtsorganen einschließlich betriebsähnlicher Einrichtungen; wirken sich im Niveau nicht aus, da sie sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen abgezogen werden.

Gesamthaushalt: besteht aus allgemeinem Haushalt und Ausgleichshaushalt; ist immer ausgeglichen, weil einem Saldo im allgemeinen Haushalt immer ein gleich großer Saldo (mit umgekehrtem Vorzeichen) im Ausgleichshaushalt gegenübersteht.

Maastricht-Saldo: Nettosaldo bereinigt (gemäß der Definition des ESVG 95) um Buchungen, die zwar mit Einnahmen und Ausgaben verbunden sind, aber volkswirtschaftlich die Haushaltssituation nicht verändern (z. B. wenn die Ursache der Zahlungen in eine Vor- oder Nachperiode fällt oder wenn den Zahlungen Forderungen oder Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüberstehen); Zielgröße für die Verpflichtungen gemäß Europäischem Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Nettosteuerereinnahmen: Einnahmen aus ausschließlichen Bundesabgaben und gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Bruttosteuerereinnahmen) abzüglich Überweisungen an Bundesfonds, Länder, Gemeinden und die EU.

Primärsaldo: Einnahmen minus Ausgaben, ohne Zinszahlungen.

Rücklagen: Beträge, die in einem Haushaltsjahr nicht ausgegeben werden und daher für das folgende Jahr zur Verfügung stehen.

Swaps: "Verträge, in denen die Vertragspartner vereinbaren, Zahlungen, die sich auf gleiche Verbindlichkeiten beziehen, während eines bestimmten Zeitraums zu im Voraus festgelegten Bedingungen zu leisten" (ESVG 95).

Q: Bundesministerium für Finanzen (2004), Staatsschuldenausschuss (2004), Statistik Austria (2002).

Der Bundeshaushalt 2000 bis 2008

Übersicht 3 zeigt die Entwicklung der wichtigsten Eckdaten des österreichischen Bundeshaushaltes von 2000 bis 2008. Nach der deutlichen einnahmenseitigen (von 61,5 Mrd. € um 7,5% auf 66,1 Mrd. €) wie ausgabenseitigen (von 66 Mrd. € um 6,8% auf 70,5 Mrd. €) Expansion des Budgetvolumens von 2005 auf 2006 sind für 2007 und 2008 mäßige Veränderungsraten geplant: Der Voranschlag 2007 sieht einen leichten Rückgang des Budgetvolumens vor (Einnahmen -0,6%, Ausgaben -1,3%), für 2008 ist ein geringfügiger Anstieg präliminiert (Einnahmen +1,8%, Ausgaben +0,4%). Gegenüber dem Voranschlag 2006 bedeutet der Voranschlag 2007 allerdings eine merkliche Expansion (Ausgaben +5,2%, Einnahmen +8,9%)²⁾.

Damit wird bis 2008 eine Senkung der Einnahmenquote des Bundes gegenüber 2006 um 1,8 Prozentpunkte auf 24% des BIP und der Ausgabenquote um 2,4 Prozentpunkte auf 25,1% des BIP angestrebt. Daraus ergibt sich ein Rückgang des administ-

²⁾ Aufgrund der erwähnten besonders hohen Budgetverlängerung im Erfolg 2006 gegenüber dem Voranschlag scheint es naheliegend, den Bundesvoranschlag 2007 mit dem Voranschlag 2006 statt mit dem Erfolg 2006 zu vergleichen, um diese hauptsächlich durch das Schuldenmanagement des Bundes verursachte Verzerrung zu vermeiden. Andererseits wäre es wenig hilfreich, prognostizierte Werte (vor allem auch für das Maastricht-Defizit) heranzuziehen, wenn bereits Ex-post-Daten vorliegen. Beide Werte für einen Vergleich zu verwenden, wäre darüber hinaus unpraktikabel. Deshalb bezieht sich der vorliegende Beitrag, sofern nichts anderes vermerkt ist, auf den Erfolg 2006. Für den Bundesvoranschlag 2007 ist vor diesem Hintergrund a priori ein Rückgang des Budgetvolumens zu erwarten.

rativen Defizits des Bundes von 2006 bis 2008 um knapp 1,5 Mrd. € auf 2,96 Mrd. €, während sich das Maastricht-Defizit um nur 0,5 Mrd. € auf 3,28 Mrd. € verbessert. Die Bruttosteuerereinnahmen erhöhen sich 2007 und 2008 zwar nicht so stark wie 2006 (+5,7%), ihr Anstieg liegt aber mit +4,6% bzw. +4,3% deutlich über dem Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 (+3,4%). Das Wachstum der Nettosteuerereinnahmen des Bundes³⁾ entspricht mit +4,3% in beiden Jahren eher dem längerfristigen Durchschnitt (+3,7%).

Reformprojekte zur Verbesserung der Effizienz der Aktivitäten des öffentlichen Sektors

Die Bundesregierung hat Reformen zur Modernisierung des öffentlichen Sektors, die Effektivität und Effizienz der Aktivitäten der öffentlichen Hand erhöhen, als einen zentralen Bestandteil ihres Regierungsprogramms definiert (*Bundesministerium für Finanzen, 2007A*). Sie knüpft damit an verschiedene in den letzten Jahren angestoßene bzw. verwirklichte Initiativen an (Österreich-Konvent, Verwaltungsreformen I und II, Vier-Parteien-Einigung zur Haushaltsrechtsreform), deren forcierte Umsetzung bzw. Weiterführung in der laufenden Legislaturperiode sie anstrebt. Die wesentlichen Elemente dieser Strukturreformen im öffentlichen Sektor, die zu einer effizienteren Allokation der öffentlichen Mittel beitragen sollen, sind die Staats- und Verwaltungsreform sowie die Haushaltsrechtsreform.

Staats- und Verwaltungsreform

Eine aus sechs Experten bestehende Kommission wurde beauftragt, in mehreren Etappen Vorschläge für Staats- und Verwaltungsreformen zu erarbeiten. Im ersten Schritt wurden Vorschläge zur Reform des Wahlrechtes vorgelegt, die inzwischen bereits umgesetzt wurden. Demnächst sind Maßnahmen zur Reorganisation der Schulverwaltung sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu erwarten. Für den Herbst 2007 wurde ein Maßnahmenkatalog zur Neuordnung der Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen den föderalen Ebenen angekündigt.

Haushaltsrechtsreform

Die geplante Haushaltsrechtsreform des Bundes umfasst zwei Etappen:

Die erste Etappe besteht im Wesentlichen in der Einführung eines mittelfristigen Finanzrahmens, der jeweils vier Jahre umfasst und jährlich rollierend aktualisiert wird. Die Bundesausgaben werden fünf Rubriken zugeordnet (Forschung und Bildung; soziale Angelegenheiten, Gesundheit und Arbeit; Sicherheit und Recht; Wirtschaft und Infrastruktur; Zinsausgaben). Mit Ausnahme ausgewählter konjunkturabhängiger Ausgabenbereiche (Finanzausgleich, gesetzliche Pensions- und Arbeitslosenversicherung), für die variable Ausgabenobergrenzen gelten, werden für alle Ausgaben fixe Obergrenzen festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen. Durch die Möglichkeit der Übertragung von Mitteln in das folgende Haushaltsjahr wird die Flexibilität der Mittelverwendung erhöht. Derzeit wird die Umsetzung dieser Etappe, die ursprünglich für 2007 vorgesehen war, für das Jahr 2009 angestrebt.

Die zweite Etappe besteht in der Einführung einer wirkungsorientierten Budgetierung ab dem Jahr 2013 (ursprünglich vorgesehen für 2011). Die Zuweisung von Ressourcen, die im Rahmen von Globalbudgets erfolgen soll, wird mit der Erstellung von definierten zu erbringenden Leistungen direkt verknüpft. Die Wirkungsorientierung umfasst auch den Aspekt der Gleichstellung der Geschlechter durch die Aktivitäten der öffentlichen Hand ("Gender Budgeting"). Im Bundesvoranschlag 2007/08 werden im Rahmen der Erläuterungen (*Bundesministerium für Finanzen, 2007B*) die Ansätze zum Gender Budgeting, die ab dem Voranschlag 2005 verfolgt wurden (Analyse eines ausgewählten Budgetpostens aus der Geschlechterperspektive in jedem Ressort), zwar weitergeführt. Die entsprechenden Ausführungen sind jedoch zumeist nicht sehr tiefgehend. Bei den Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung der Wirkungsorientierung, die für die Jahre vor ihrer eigentlichen Einführung (d. h. zwischen 2009 und 2013) vorgesehen sind, ist darauf zu achten, dass auch der Geschlechteraspekt bzw. Gender Budgeting als ein Teilbereich der Wirkungsorientierung berücksichtigt wird.

Von der Umsetzung dieser Reformvorhaben sind zwar kurzfristig keine deutlichen Einsparungen zu erwarten. Längerfristig könnten sie jedoch einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen leisten und auch die Einsparungen ermöglichen. Dazu muss jedoch insbesondere im Rahmen der Staats- und Verwaltungsreform eine Beschränkung auf punktuelle und isolierte Einzelmaßnahmen vermieden werden. Vielmehr ist ein umfassender Ansatz zu verfolgen, der von einer grundlegenden Diskussion der Aufgaben des Staates und deren Zuweisung an die staatlichen Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden) ausgeht. Auch darf die Frage der Finanzbeziehungen zwischen den föderalen Ebenen nicht – so wie es sich bisher andeutet – ausgespart bleiben. Vielmehr sollten auch Optionen für die Entflechtung der intragovernmentalen Transfers sowie eine Stärkung der Steuerautonomie auf den subnationalen Ebenen konkretisiert und geprüft werden. Die Reform des Haushaltsrechtes des Bundes sollte, auch wenn im Detail einige wichtige Punkte noch zu klären bzw. zu diskutieren sind (zu Einzelheiten vgl. *Schratzenstaller, 2006*), so bald wie möglich implementiert werden. Auch wäre es wünschenswert, sie auf die anderen Gebietskörperschaften – insbesondere auf die Länder – auszudehnen.

³⁾ Zur Ermittlung der Nettosteuerereinnahmen werden von den Bruttosteuerereinnahmen Ertragsanteile anderer Gebietskörperschaften sowie Überweisungen an außerbudgetäre Fonds (z. B. Familienlastenausgleichsfonds) sowie an die Europäische Union abgezogen.

Die um Durchlaufer bereinigten Ausgaben des Bundes sind 2007 mit 68,84 Mrd. € um 0,9% geringer als im Vorjahr und steigen 2008 leicht auf 69,31 Mrd. € (+0,7%; Übersicht 4). Die bereinigten Einnahmen sinken 2007 gegenüber dem Vorjahr um 0,1% auf 64,98 Mrd. €, ziehen 2008 aber wieder etwas an (+2,1% auf 66,35 Mrd. €).

Übersicht 3: Der Bundeshaushalt im Überblick

	2000	2005	2006	2006	2007	2008	2005/06	2006/07	2007/08	2000/2008
	Erfolg		Voranschlag	Vorläufiger Erfolg	Voranschlag			Veränderung		Veränderung p. a.
			Mio. €					In %		
Einnahmen	55.393	61.493	60.351	66.103	65.712	66.909	+ 7,5	- 0,6	+ 1,8	+ 2,4
Ausgaben	58.247	66.041	66.161	70.519	69.574	69.869	+ 6,8	- 1,3	+ 0,4	+ 2,3
Administrativer Saldo	- 2.853	- 4.548	- 5.810	- 4.416	- 3.862	- 2.960				
Maastricht-Saldo	- 3.365	- 4.480	- 5.587	- 3.783	- 3.553	- 3.283				
Bruttosteureinnahmen	50.387	57.156	58.316	60.398	63.183	65.880	+ 5,7	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,4
Nettosteureinnahmen	33.041	38.038	38.902	40.454	42.205	44.039	+ 6,4	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,7
In % des BIP										
Einnahmen	26,3	25,1	23,7	25,8	24,5	24,0				
Ausgaben	27,7	26,9	26,0	27,5	26,0	25,1				
Administrativer Saldo	- 1,4	- 1,9	- 2,3	- 1,7	- 1,4	- 1,1				
Maastricht-Saldo	- 1,6	- 1,8	- 2,2	- 1,5	- 1,3	- 1,2				
Bruttosteureinnahmen	23,9	23,3	22,9	23,6	23,5	23,5				
Nettosteureinnahmen	15,7	15,5	15,3	15,8	15,7	15,7				

Q: Bundesministerium für Finanzen.

Übersicht 4: Bereinigte Ausgaben und Einnahmen des Bundes

	2000	2005	2006	2006	2007	2008
	Erfolg		Voranschlag	Vorläufiger Erfolg	Voranschlag	
			Mio. €			
Ausgaben allgemeiner Haushalt	58.247	66.041	66.172	70.519	69.574	69.869
- Durchlaufer	- 978	- 846	- 949	- 1.070	- 736	- 564
Bereinigte Ausgaben	57.269	65.195	65.223	69.449	68.838	69.305
Einnahmen allgemeiner Haushalt	55.393	61.493	60.360	66.103	65.712	66.909
- Durchlaufer	- 978	- 846	- 949	- 1.070	- 736	- 564
Bereinigte Einnahmen	54.416	60.646	59.411	65.032	64.976	66.346
Administrativer Saldo	- 2.853	- 4.548	- 5.812	- 4.416	- 3.862	- 2.960

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Der Primärsaldo, also der Haushaltssaldo der jeweiligen Periode vor Berücksichtigung der Zinszahlungen, ist (zusammen mit BIP-Wachstum und Zinsniveau) maßgeblich für die Entwicklung der Schuldenquote und damit ein Indikator für die Nachhaltigkeit der Budgetpolitik (Übersicht 5). Der Primärüberschuss soll 2007 mit 3,57 Mrd. € (1,3% des BIP) etwa auf dem Niveau von 2006 (3,54 Mrd. € bzw. 1,4% des BIP) verharren und 2008 auf 4,28 Mrd. € (1,5% des BIP) steigen. Somit wurde der zwischen 2001 und 2004 sinkende Trend ab 2005 umgekehrt. Die Schuldenstandsquote nimmt seit dem Jahr 2000 (65,5% des BIP) ab und wird bis 2008 auf 59,2% des BIP verringert.

Der Zinsendienst sinkt von 7,95 Mrd. € 2006 auf 7,43 Mrd. € 2007 und schließlich auf 7,24 Mrd. € 2008 (Übersicht 5). Insbesondere für das Jahr 2008 besteht eine gewisse Unsicherheit bezüglich der Zinsentwicklung; allerdings sind die Zinszahlungen des Bundes aufgrund des sehr hohen Anteils an fix verzinsten Schuldtiteln nur wenig sensitiv bezüglich kurzfristiger Zinsschwankungen. Die Verringerung der Zinszahlungen und eine deutlich höher veranschlagte Auflösung von Rücklagen tragen dazu bei, dass das administrative Defizit 2007 und 2008 zurückgehen wird, obwohl gleichzeitig das BIP-relevante Defizit, das als Indikator für die Nachfragewirkung des Bundeshaushaltes gelten kann, 2007 mit 4,24 Mrd. € sogar etwas höher als 2006 (knapp 4 Mrd. €)

sein wird. Für 2008 wird mit einem Rückgang des BIP-relevanten Saldos auf 3,24 Mrd. € gerechnet.

Übersicht 5: Komponenten des administrativen Saldos des Bundes

	2000	2005	2006	2006	2007	2008
	Erfolg		Voran-	Vorläufiger	Voranschlag	
			schlag	Erfolg		
			Mio. €			
Saldo laufender Transaktionen	+ 3.610	+ 1.481	+ 358	+ 2.214	+ 1.627	+ 2.807
Investitionen und Liegenschaftskäufe	+ 11	- 164	- 142	- 42	- 104	- 107
Kapitaltransfers, netto	- 5.669	- 5.758	- 6.057	- 6.151	- 5.759	- 5.943
BIP-relevanter Saldo	- 2.048	- 4.440	- 5.842	- 3.979	- 4.235	- 3.244
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen	- 525	+ 171	- 84	- 144	- 173	- 197
Rücklagenzuführung, netto	- 280	- 279	+ 114	- 294	+ 547	+ 481
Administrativer Saldo	- 2.853	- 4.548	- 5.812	- 4.416	- 3.862	- 2.960
Zinsen (ohne Währungstauschverträge)	+ 7.938	+ 7.592	+ 7.109	+ 7.952	+ 7.429	+ 7.243
Primärsaldo	+ 5.085	+ 3.044	+ 1.297	+ 3.536	+ 3.567	+ 4.283

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Von besonderer Bedeutung ist (aufgrund der Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes) das gesamtstaatliche Defizit nach Maastricht-Definition (Übersicht 6). Gemäß dem aktuellen österreichischen Stabilitätsprogramm vom März 2007 sollen Länder und Gemeinden zusammen 2007 einen Überschuss von 0,4% des BIP und 2008 von 0,5% des BIP erwirtschaften. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass die Sozialversicherungsträger (anders als in den vergangenen Jahren) ausgeglichen bilanzieren. Die Erreichung dieses Ziels dürfte einerseits durch den Konjunkturaufschwung und andererseits durch die im Regierungsprogramm angekündigte Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,15 Prozentpunkte unterstützt werden, die voraussichtlich 2008 in Kraft treten wird.

Übersicht 6: Saldo der öffentlichen Haushalte laut Maastricht-Definition

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	In % des BIP										
<i>Rechtsträger</i>											
Gesamtstaat	- 1,47	+ 0,04	- 0,49	- 1,62	- 1,20	- 1,58	- 1,12	- 0,9	- 0,7	- 0,2	+ 0,4
Bund	- 1,60	- 0,67	- 1,07	- 1,87	- 1,40	- 1,83	- 1,48	- 1,3	- 1,2	- 0,7	- 0,1
Länder (ohne Wien)	+ 0,20	+ 0,46	+ 0,35	+ 0,16	+ 0,14	+ 0,11	+ 0,25	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Gemeinden (einschließlich Wiens)	+ 0,04	+ 0,26	+ 0,25	+ 0,17	+ 0,16	+ 0,20	+ 0,15	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Länder und Gemeinden	+ 0,24	+ 0,72	+ 0,60	+ 0,33	+ 0,30	+ 0,31	+ 0,40	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Sozialversicherungsträger	- 0,11	- 0,00	- 0,01	- 0,08	- 0,09	- 0,06	- 0,04	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0

Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen. Ab 2007 gemäß österreichischem Stabilitätsprogramm 2006 bis 2010. + . . . Überschuss, - . . . Defizit.

Bei einem Defizit des Bundes von 1,3% des BIP (2007) bzw. 1,2% des BIP (2008) und den erwarteten Überschüssen von Ländern und Gemeinden soll gemäß Stabilitätsprogramm das gesamtstaatliche Defizit auf 0,9% des BIP (2007) bzw. 0,7% des BIP (2008) gesenkt werden. Aufgrund der jüngsten Revision der nominellen Wachstumsprognose nach oben und der hohen Steuereinnahmen der ersten Monate 2007 dürften diese Zielwerte allerdings leicht übertroffen werden. In seiner Prognose vom Juni 2007 rechnet das WIFO für den Gesamtstaat mit einem Maastricht-Defizit von 0,7% des BIP 2007 und 0,6% des BIP 2008. Laut Stabilitätsprogramm wird für 2009 ein Defizit von 0,2% des BIP und für 2010 ein Überschuss von 0,4% des BIP angestrebt. Aus heutiger Sicht erscheinen diese Defizitziele zwar ambitioniert, aber – unter der Voraussetzung einer konsequenten Umsetzung der angesprochenen Strukturreformen im öffentlichen Sektor – erreichbar.

Im EU-Vergleich liegt nach der aktuellen Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission das prognostizierte Maastricht-Defizit⁴⁾ für Österreich mit 0,8% des BIP im Jahr 2008 zwar etwas unter dem EU-Durchschnitt; wie das Beispiel der skandinavischen Staaten aber zeigt, sollte bei guter Konjunktur ein deutlicher Budgetüberschuss angestrebt werden. Dennoch sollte Österreich den Schuldenstand bis 2008 mit 59,2% des BIP knapp unter den Durchschnitt der EU 15 (59,9% des BIP) verringern können. Während andere kleine Länder wie Finnland oder die Niederlande im selben Zeitraum eine wesentlich stärkere Konsolidierung durchführen, mussten große Länder wie Deutschland oder Großbritannien ihren Schuldenstand aufgrund des Konjunkturabschwungs bzw. insbesondere im Falle von Deutschland wegen Strukturproblemen erhöhen.

Übersicht 7: Maastricht-Saldo und Schuldenstand der EU-Länder

	Maastricht-Saldo			Stand der Staatsschulden		
	2000	2005	2008	2000	2005	2008
	In % des BIP					
EU 27	+ 0,7	- 2,4	- 1,0	61,8	62,9	58,4
EU 15	+ 0,9	- 2,3	- 0,9	63,1	64,4	59,9
Belgien	+ 0,1	- 2,3	- 0,2	107,7	93,2	82,6
Deutschland	+ 1,3	- 3,2	- 0,3	59,7	67,9	63,6
Griechenland	- 4,0	- 5,5	- 2,7	110,2	107,5	97,6
Spanien	- 0,9	+ 1,1	+ 1,2	59,2	43,2	34,6
Frankreich	- 1,5	- 3,0	- 1,9	56,7	66,2	61,9
Irland	+ 4,6	+ 1,0	+ 1,0	37,8	27,4	21,7
Italien	- 0,8	- 4,2	- 2,2	109,1	106,2	103,1
Luxemburg	+ 6,0	- 0,3	+ 0,6	6,4	6,1	6,1
Niederlande	+ 2,0	- 0,3	+ 0,0	53,8	52,7	45,9
Österreich	- 1,5	- 1,6	- 0,8	65,5	63,5	59,2
Portugal	- 2,9	- 6,1	- 3,2	50,4	63,5	65,8
Finnland	+ 6,9	+ 2,7	+ 3,6	43,8	41,4	35,2
Dänemark	+ 2,3	+ 4,7	+ 3,6	51,6	36,3	20,0
Schweden	+ 3,8	+ 2,1	+ 2,4	50,0	51,6	38,6
Großbritannien	+ 4,0	- 3,1	- 2,4	40,2	42,1	45,2
Bulgarien	- 0,5	+ 1,9	+ 2,0	73,7	29,2	18,9
Tschechien	- 3,7	- 3,5	- 3,6	18,9	31,3	31,9
Estland	- 0,2	+ 2,3	+ 3,5	4,9	4,5	2,3
Zypern	- 2,3	- 2,3	- 1,4	58,5	69,7	54,8
Lettland	- 2,8	- 0,2	+ 0,1	11,8	12,3	6,5
Litauen	- 3,2	- 0,5	- 1,0	23,5	18,4	19,8
Ungarn	- 2,9	- 7,8	- 4,9	53,2	60,5	71,5
Malta	- 6,2	- 3,1	- 1,6	54,5	73,4	64,6
Polen	- 3,0	- 4,3	- 3,3	37,4	49,1	49,9
Rumänien	- 4,6	- 1,4	- 3,2	19,8	15,6	13,6
Slowenien	- 3,9	- 1,5	- 1,5	26,9	28,2	27,3
Slowakei	- 11,8	- 2,8	- 2,8	48,9	35,2	31,8

Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2007.

Entwicklung der Ausgabenstruktur

Allgemeine Tendenzen

Die Struktur der Ausgaben des Bundes in ökonomischer Gliederung hat sich seit 2000 leicht verändert (Übersicht 8). Längerfristig entwickeln sich die Ausgaben für Transfers überdurchschnittlich dynamisch, sie nehmen seit Anfang dieses Jahrzehnts pro Jahr um durchschnittlich 3,5% zu. Hatte ihr Anteil 2000 noch 35,6% der Bundesausgaben betragen, so nahm er seither tendenziell zu und wird für 2008 mit 38,6% veranschlagt.

Innerhalb der Transferausgaben des Bundes steigen die Ausgaben für Familien mit +5% pro Jahr aufgrund der mehrfachen Ausweitung bestehender und Einführung neuer Leistungen seit 2000 am stärksten (Übersicht 9). Auch der Bundesvoranschlag 2007/08 sieht zusätzliche Maßnahmen vor. So wird rückwirkend ab 2006 im Jahr 2007 die monatliche Beitragsgrundlage für Kindererziehungszeiten hinaufgesetzt, 2008 wird der Zuschlag zur Familienbeihilfe für das dritte Kind erhöht. Mehrausgaben verursachen darüber hinaus die Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes sowie die Anhebung der Zuverdienstgrenze. Allerdings schwächt sich das Wachstum der Fami-

⁴⁾ Für diesen internationalen Vergleich wurde die Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission herangezogen; das österreichische Maastricht-Defizit ist deshalb hier höher angegeben als an anderer Stelle im vorliegenden Beitrag.

lienausgaben aufgrund der gedämpften Entwicklung der Familienbeihilfen allmählich ab. Für den Familienlastenausgleichsfonds wird auch für die Jahre 2007 und 2008 ein Defizit prognostiziert, wenngleich mit sinkender Tendenz. Hatte der Abgang 2005 den Höchstwert von 674 Mio. € erreicht, so ging er 2006 auf 466 Mio. € zurück; für 2007 wird ein Defizit von 419 Mio. € und für 2008 von 369 Mio. € prognostiziert.

Übersicht 8: Bereinigte Ausgaben des Bundes in ökonomischer Gliederung

	2000	2005	2006	2006	2007	2008	2005/06	2006/07	2007/08	2000/2008
	Erfolg		Voranschlag	Vorläufiger Erfolg	Voranschlag		Veränderung			Veränderung p. a.
	Mio. €						In %			
Erstellung von Leistungen	16.151	15.380	15.762	16.092	16.998	17.081	+ 4,6	+ 5,6	+ 0,5	+ 0,7
Transfers	20.384	24.912	25.660	25.698	26.214	26.758	+ 3,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 3,5
Finanzierung	20.734	24.903	23.800	27.658	25.625	25.466	+ 11,1	- 7,4	- 0,6	+ 2,6
Insgesamt	57.269	65.195	65.223	69.449	68.838	69.305	+ 6,5	- 0,9	+ 0,7	+ 2,4
	Anteile in %									
Erstellung von Leistungen	28,2	23,6	24,2	23,2	24,7	24,6				
Transfers	35,6	38,2	39,3	37,0	38,1	38,6				
Finanzierung	36,2	38,2	36,5	39,8	37,2	36,7				
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0				

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 9: Transferausgaben des Bundes

	2000	2005	2006	2006	2007	2008	2005/06	2006/07	2007/08	2000/2008
	Erfolg		Voranschlag	Vorläufiger Erfolg	Voranschlag		Veränderung			Veränderung p. a.
	Mio. €						In %			
Alterssicherung	11.901	14.473	15.026	15.121	15.354	15.688	+ 4,5	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,5
Pensionen Bundesbeamte	2.525	3.066	3.327	3.229	3.268	3.337	+ 5,3	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,5
Pensionsaufwandsersätze für Landeslehrer	697	931	975	949	958	971	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,3	+ 4,2
Pensionen Postbeamte	846	1.124	1.159	1.131	1.135	1.144	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,8	+ 3,8
Pensionen ÖBB-Beamte	1.695	1.762	1.830	1.742	1.837	1.892	- 1,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 1,4
Zuschüsse zur Pensionsversicherung ¹⁾	6.139	7.590	7.735	8.069	8.156	8.344	+ 6,3	+ 1,1	+ 2,3	+ 3,9
Familien	3.296	4.572	4.528	4.653	4.748	4.855	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 5,0
Familienbeihilfen ²⁾	2.798	3.021	3.014	3.025	3.041	3.078	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,2
Karenzgeld, Kinderbetreuungsgeld	421	1.059	1.020	1.191	1.189	1.248	+ 12,5	- 0,2	+ 5,0	+ 14,5
Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten	77	492	494	437	518	529	- 11,3	+ 18,7	+ 2,1	+ 27,2
Arbeitslosenunterstützung	1.859	2.327	2.568	2.328	2.243	2.174	+ 0,1	- 3,7	- 3,1	+ 2,0
Pflegegeld	1.264	1.421	1.404	1.474	1.533	1.595	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,0	+ 2,9
Sonstige	2.063	2.120	2.135	2.123	2.336	2.446	+ 0,1	+ 10,0	+ 4,7	+ 2,2
Insgesamt	20.384	24.912	25.660	25.698	26.214	26.758	+ 3,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 3,5
	Anteile in %									
Alterssicherung	58,4	58,1	58,6	58,8	58,6	58,6				
Familien	16,2	18,4	17,6	18,1	18,1	18,1				
Arbeitslosenunterstützung	9,1	9,3	10,0	9,1	8,6	8,1				
Pflegegeld	6,2	5,7	5,5	5,7	5,8	6,0				
Sonstige	10,1	8,5	8,3	8,3	8,9	9,1				
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0				

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. – 1) Einschließlich Ausgleichszulagen und Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger. – 2) Einschließlich Geburten- und Schulfahrtbeihilfen.

Nachlassen wird auch der Anstieg der Ausgaben für Alterssicherung sowie für Arbeitslosenunterstützung. Letztere sind insgesamt gemäß Voranschlag 2007/08 rückläufig; das Niveau der Ausgaben für die aktivierende Arbeitsmarktpolitik (primär berufliche Aus- und Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie Lohnkostenzuschüsse zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt) bleibt

dabei konstant. Die Ausgaben für das Pflegegeld werden dagegen aufgrund der demographischen Entwicklung mit jeweils +4% stärker wachsen als in den Vorjahren.

Zwischen 2000 und 2008 verschiebt sich die Struktur der Transferausgaben des Bundes deshalb leicht: Die Ausgaben für Familien gewinnen an Bedeutung, ebenso – nach einem tendenziellen Rückgang bis Mitte des Jahrzehnts – jene für das Pflegegeld. Konstant hoch bleibt mit knapp 59% der Anteil der Bundesausgaben für die Alterssicherung.

Seit 2000 steigen die Pensionsausgaben des Bundes brutto um 3,5% pro Jahr. Überdurchschnittlich erhöht sich dabei der Aufwand für die Zuschüsse zur Pensionsversicherung (+6,1% p. a.), für die Pensionsaufwandsersätze für Landeslehrer (+4,2% p. a.) sowie für die Pensionen für die Postbeamten (+3,8% p. a.). Gleichzeitig steigen die pensionsbezogenen Einnahmen des Bundes im Jahresdurchschnitt um nur 0,6%, so dass die Nettoausgaben des Bundes für Pensionen um 3,9% pro Jahr zunehmen.

Übersicht 10: Ausgaben des Bundes für Pensionen

	2000 Erfolg	2005	2006 Voranschlag	2006 Vorläufiger Erfolg	2007 Voranschlag	2008	2005/06	2006/07	2007/08	2000/2008 Veränderung p. a.
	Mio. €				In %					
Pensionen Bundesbeamte	2.525	3.066	3.327	3.229	3.268	3.337	+ 5,3	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,5
Pensionsaufwandsersätze für Landeslehrer	697	931	975	949	958	971	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,3	+ 4,2
Pensionen Postbeamte	846	1.124	1.159	1.131	1.135	1.144	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,8	+ 3,8
Pensionen ÖBB-Beamte	1.695	1.762	1.830	1.742	1.837	1.892	- 1,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 1,4
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	4.152	6.060	6.187	6.439	6.467	6.673	+ 6,3	+ 0,4	+ 3,2	+ 6,1
Ausgleichszulagen	741	822	841	857	941	952	+ 4,2	+ 9,8	+ 1,2	+ 3,2
Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger	1.246	708	707	773	748	720	+ 9,2	- 3,2	- 3,9	- 6,6
Summe Ausgaben	11.901	14.473	15.026	15.121	15.354	15.688	+ 4,5	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,5
Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten	561	544	566	560	558	563	+ 2,8	- 0,3	+ 0,8	+ 0,0
Beiträge gemäß § 13 PG	47	123	132	124	125	126	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 13,1
Beiträge von Landeslehrern	14	36	35	36	38	40	+ 2,1	+ 4,5	+ 4,5	+ 14,2
Pensionsbeiträge Post	273	198	185	193	185	176	- 2,5	- 4,6	- 4,6	- 5,3
Pensionsbeiträge ÖBB	435	350	388	344	374	376	- 1,7	+ 8,6	+ 0,5	- 1,8
Pensionsversicherungsbeitrag ÖBB	50	82	66	91	64	65	+ 11,5	- 29,5	+ 1,2	+ 3,4
Sonstige Pensionseinnahmen	46	243	145	137	133	130	- 43,7	- 2,5	- 2,4	+ 13,9
Summe Einnahmen	1.412	1.576	1.516	1.486	1.477	1.476	- 5,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,6
Nettoaussgaben für Pensionen	10.490	12.897	13.509	13.635	13.877	14.212	+ 5,7	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,9

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Die Finanzierungsausgaben des Bundes wachsen zwischen 2000 und 2008 im Durchschnitt um 2,6% p. a., etwas rascher als die Gesamtausgaben des Bundes. Nach wie vor steigen hier nur die Transfers an Träger öffentlichen Rechtes sowie an Unternehmen längerfristig überdurchschnittlich und gewinnen dementsprechend an Gewicht. Diese Tendenz – Folge der Ausgliederungsstrategie auf Bundesebene – verstärkt die Dringlichkeit, im Rahmen einer umfassenden Berichterstattung ("Ausgliederungsbericht") die Finanzierungsbeziehungen zwischen Bund und außerbudgetären Einheiten transparent und nachvollziehbar zu machen und in regelmäßigen Abständen Informationen über die außerbudgetären Einheiten (bezüglich Beschäftigung, Investitionen, Verschuldung usw.) bereitzustellen.

Nach einem Anstieg des Anteils der Finanzierungsausgaben an den gesamten Ausgaben des Bundes auf knapp 40% im Jahr 2006 wird für die Jahre 2007 und 2008 ein erheblicher Rückgang (auf 36,7% 2008) veranschlagt. Dieser beruht maßgeblich auf der für 2007 und 2008 erwarteten Verringerung der Ausgaben für Finanzschuldzinsen sowie darauf, dass im Bundesvoranschlag 2007/08 kaum Rücklagenzuführungen budgetiert sind.

Längerfristig verlieren die Ausgaben des Bundes für die Erstellung öffentlicher Leistungen weiter an Bedeutung. Dies ist primär auf die Entwicklung der Ausgaben für Bundesbedienstete zurückzuführen, die den größten Posten ausmachen. Allerdings

stiegen diese nach schwachen Zuwächsen in der ersten Hälfte des Jahrzehnts 2006 beträchtlich (+4,1% gegenüber 2005); für 2007/08 sind geringere Zuwachsraten veranschlagt⁵⁾.

Übersicht 11: Ausgaben des Bundes zur Finanzierung

	2000 Erfolg	2005	2006 Voranschlag	2006 Vorläufiger Erfolg	2007 Voranschlag	2008	2005/06	2006/07	2007/08	2000/2008
	Mio. €						In %			
							Veränderung			
Finanzschuldzinsen ¹⁾	8.773	9.231	9.283	10.897	10.006	9.688	+ 18,1	- 8,2	- 3,2	+ 1,2
Transfers an Träger öffentlichen Rechtes	6.503	10.305	9.690	10.283	10.437	10.642	- 0,2	+ 1,5	+ 2,0	+ 6,3
Globalbetrag an Universitäten	.	1.751	1.725	1.779	2.144	2.162	+ 1,6	+ 20,5	+ 0,9	.
Sonstige	6.503	7.753	7.965	8.504	8.293	8.479	+ 9,7	- 2,5	+ 2,2	+ 3,4
Transfers an Unternehmen	2.277	3.149	3.811	3.932	3.908	3.966	+ 24,9	- 0,6	+ 1,5	+ 7,2
Geldverkehrsspesen, Kursverluste und Rückersätze	652	356	91	552	243	115	+ 55,4	- 56,1	- 52,8	- 19,5
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	683	175	131	209	194	219	+ 19,4	- 6,9	+ 12,7	- 13,3
Zuführung an Rücklagen	1.209	972	5	1.078	13	9	+ 10,9	- 98,8	- 28,4	- 45,6
Sonstige	638	716	789	707	824	827	- 1,2	+ 16,4	+ 0,4	+ 3,3
Insgesamt	20.734	24.903	23.800	27.658	25.625	25.466	+ 11,1	- 7,4	- 0,6	+ 2,6

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. – 1) Einschließlich Währungstauschverträge.

Übersicht 12: Ausgaben des Bundes für die Erstellung öffentlicher Leistungen

	2000 Erfolg	2005	2006 Voranschlag	2006 Vorläufiger Erfolg	2007 Voranschlag	2008	2005/06	2006/07	2007/08	2000/2008
	Mio. €						In %			
							Veränderung			
Personalaufwand	10.896	10.604	10.402	10.948	11.275	11.352	+ 3,2	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,5
Bundesbedienstete	6.947	6.878	6.856	7.163	7.355	7.381	+ 4,1	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,8
Personalaufwandsersätze für Landeslehrer	2.802	2.947	2.712	2.985	3.114	3.176	+ 1,3	+ 4,3	+ 2,0	+ 1,6
Post	1.148	779	834	800	806	796	+ 2,8	+ 0,8	- 1,4	- 4,5
Laufende Sachausgaben	4.673	4.505	5.189	4.924	5.519	5.551	+ 9,3	+ 12,1	+ 0,6	+ 2,2
Investitionen	528	182	162	144	202	175	- 21,0	+ 40,4	- 13,1	- 12,9
Erwerb von Liegenschaften und aktivierungsfähigen Rechten	54	89	9	76	2	2	- 14,5	- 97,1	+ 0,9	- 33,0
Insgesamt	16.151	15.380	15.762	16.092	16.998	17.081	+ 4,6	+ 5,6	+ 0,5	+ 0,7

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Die Ausgaben für Bildung, Forschung, Infrastruktur und Familien sind Schwerpunkte auf der Ausgabenseite, denen die theoretische und empirische Literatur besondere wachstums- und beschäftigungspolitische Bedeutung zuschreibt (Schratzentaller, 2007A) bzw. die in Österreich von der Budgetpolitik der vergangenen Jahre besonders betont wurden (Übersicht 13; Bundesministerium für Finanzen, 2007A). In allen diesen Bereichen nehmen die Ausgaben des Bundes im Zeitraum 2000 bis 2008 überdurchschnittlich zu.

Die stärkste Dynamik weisen die Ausgaben des Bundes für Forschung auf – sie wurden zwischen 2000 und 2007 und vor allem seit 2005 beträchtlich ausgeweitet (+8,2% pro Jahr). Entsprechend gewinnen sie längerfristig innerhalb der Gesamtausgaben sowie gemessen am BIP an Gewicht. Neben den Mitteln aus den bisherigen Forschungsoffensiven werden 2007 zusätzlich 40 Mio. € und 2008 zusätzlich 80 Mio. € bereitgestellt.

Die geringste Dynamik ist im Bereich Bildung festzustellen. Im Durchschnitt erhöhten sich die bildungsbezogenen Ausgaben um 2,5% pro Jahr. Damit blieb ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes längerfristig konstant, während in Relation zum BIP ein leichter Bedeutungsverlust zu beobachten ist. Die Zuwachsraten der Jahre

⁵⁾ Zusatzausgaben für die Gehaltsrunde 2008 sind hier nicht vorgesehen.

Ausgabenschwerpunkte

2007 und 2008 beruhen primär auf Zusatzausgaben für die Senkung der Klassenschülerzahlen in den ersten Klassen der Pflichtschulen.

Für die Infrastrukturausgaben ergibt sich zwischen 2000 und 2008 eine durchschnittliche Steigerung um 3,8% pro Jahr. Der für 2007 präliminierte starke Zuwachs beruht maßgeblich auf den Anschaffungskosten der Eurofighter (467 Mio. €), ebenso wie der für 2008 veranschlagte Rückgang (Ausgaben für Eurofighter 250 Mio. €). Ohne die Ausgaben für die Eurofighter steigen die Infrastrukturausgaben 2007 um knapp 10% und bleiben 2008 annähernd konstant. Längerfristig ergibt sich aber eine überdurchschnittliche Zunahme – ohne die Eurofighter-Ausgaben erhöht sich der Anteil der Infrastrukturausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes zwischen 2000 und 2008, während er gemessen am BIP unverändert bleibt.

Übersicht 13: Wachstumspolitische Schwerpunkte im Bundeshaushalt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2006	2007	2008	2000/ 2008	
	Erfolg						Voran- schlag	Vor- läufiger Erfolg	Voranschlag		Verän- derung p. a.	
<i>Bildung (ohne Wissenschaft)</i>												
Mio. €	5.533	5.733	5.769	5.870	5.902	6.187	6.012	6.401	6.634	6.730		
Veränderung gegen das Vorjahr in %		+ 3,6	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,5	+ 4,8	- 2,8	+ 3,5	+ 3,6	+ 1,4	+ 2,5	
In % der Gesamtausgaben	9,5	9,5	9,3	9,6	9,1	9,4	9,1	9,1	9,5	9,6		
In % des BIP	2,6	2,7	2,6	2,6	2,5	2,5	2,4	2,5	2,5	2,4		
<i>Forschung¹⁾</i>												
Mio. €	1.225	1.351	1.362	1.395	1.462	1.765	1.499	1.891	2.134	.		
Veränderung gegen das Vorjahr in %		+10,2	+ 0,9	+ 2,4	+ 4,8	+20,7	-15,1	+ 7,1	+12,9	.	+ 8,2	
In % Forschung Österreich gesamt	30,4	30,7	29,1	27,7	27,9	29,8	23,6	29,9	31,2	.		
In % der Gesamtausgaben	2,1	2,2	2,2	2,3	2,3	2,7	2,3	2,7	3,1	.		
In % des BIP	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,6	0,7	0,8	.		
<i>Infrastrukturinvestitionen²⁾</i>												
Mio. €	3.348	3.388	3.711	3.768	3.845	3.716	3.711	3.871	4.706	4.508		
Veränderung gegen das Vorjahr in %		+ 1,2	+ 9,5	+ 1,5	+ 2,0	- 3,4	- 0,1	+ 4,2	+21,6	- 4,2	+ 3,8	
In % der Gesamtausgaben	5,7	5,6	6,0	6,1	5,9	5,6	5,6	5,5	6,8	6,5		
In % des BIP	1,6	1,6	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,5	1,8	1,6		
<i>Familien</i>												
Mio. €	4.322	4.494	4.532	4.960	5.477	6.100	5.789	5.892	5.961	6.024		
Veränderung gegen das Vorjahr in %		+ 4,0	+ 0,8	+ 9,4	+10,4	+11,4	- 5,1	- 3,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 4,2	
In % der Gesamtausgaben	7,4	7,4	7,3	8,1	8,4	9,2	8,7	8,4	8,6	8,6		
In % des BIP	2,1	2,1	2,1	2,2	2,3	2,5	2,3	2,3	2,2	2,2		
<i>Gesamtausgaben</i>												
Mio. €	58.247	60.409	61.818	61.387	64.977	66.041	66.161	70.519	69.574	69.869		
Veränderung gegen das Vorjahr in %		+ 3,7	+ 2,3	- 0,7	+ 5,8	+ 1,6	+ 0,2	+ 6,8	- 1,3	+ 0,4	+ 2,3	
In % des BIP	27,7	28,0	28,0	27,1	27,6	26,9	26,0	27,5	25,9	25,0		

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Globalschätzung Statistik Austria, April 2007; für 2008 kein Wert verfügbar, daher durchschnittliche jährliche Veränderung 2000/2007. – ²⁾ 2007/08: einschließlich der Raten für den Ankauf von Abfangjägern.

Die familienbezogenen Ausgaben weisen im Zeitraum 2000/2008 eine Rate von +4,2% pro Jahr auf. Wie erwähnt verlieren sie jedoch gegenüber dem Höchstwert im Jahr 2005 an Dynamik, sodass sich ihr Anteil am BIP ebenso wie an den Gesamtausgaben allmählich stabilisiert. Dennoch sind die monetären Familienleistungen – gerade in Relation zu den familienbezogenen Realtransfers – nach wie vor beträchtlich. Die aktuellen Bemühungen, letztere durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zu stärken und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern (wie dies etwa auch OECD oder EU-Kommission bereits seit längerem fordern), sind vor diesem Hintergrund zu begrüßen und mittelfristig zu verstärken.

Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 nehmen die Einnahmen des Bundes (Nettosteueereinnahmen sowie steuerähnliche und sonstige Einnahmen) um 2,5% p. a. zu (Übersicht 14). Die steuerähnlichen Einnahmen (+2,9% p. a.) und insbesondere die Nettosteueereinnahmen (+3,7% p. a.) gewinnen dabei innerhalb der gesamten Bundeseinnahmen an Gewicht – eine aus Sicht der Nachhaltigkeit der Einnahmensituation des Bundes positiv zu beurteilende Entwicklung. So steigt der Anteil der Nettosteueereinnahmen an den gesamten Einnahmen des Bundes von 60,7% 2000 auf 65% gemäß Bundesvoranschlag 2007 bzw. 66,4% gemäß Voranschlag 2008. Dagegen verringert sich der Anteil der sonstigen Einnahmen (u. a. aus Bundesvermögen sowie Veräußerungen), der im Jahr 2000 noch fast ein Viertel ausmachte, gemäß Bundesvoranschlag 2007 auf 19,1% und 2008 auf 17,6%. Die steuerähnlichen Einnahmen (vor allem Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds und Anteile an der Lohn- und Einkommensteuer zur Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds) erreichen 2007 wie 2008 einen weitgehend konstanten Anteil von etwa 16% der gesamten Bundeseinnahmen.

Entwicklung von Einnahmehöhe und -struktur

Allgemeine Tendenzen

Übersicht 14: Bereinigte Einnahmen des Bundes in ökonomischer Gliederung

	2000 Erfolg	2005	2006 Voranschlag	2006 Vorläufiger Erfolg Mio. €	2007 Voranschlag	2008	2005/06	2006/07 Veränderung	2007/08	2000/2008 Veränderung p. a.
								In %		
Steuern, netto	33.037	38.038	38.902	40.454	42.205	44.039	+ 6,4	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,7
Steuerähnliche Einnahmen	8.434	9.437	9.717	9.844	10.329	10.617	+ 4,3	+ 4,9	+ 2,8	+ 2,9
Sonstige	12.945	13.172	10.792	14.734	12.442	11.689	+ 11,9	- 15,6	- 6,0	- 1,3
Insgesamt	54.416	60.646	59.411	65.032	64.976	66.346	+ 7,2	- 0,1	+ 2,1	+ 2,5
Anteile in %										
Steuern, netto	60,7	62,7	65,5	62,2	65,0	66,4				
Steuerähnliche Einnahmen	15,5	15,6	16,4	15,1	15,9	16,0				
Sonstige	23,8	21,7	18,2	22,7	19,1	17,6				
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0				

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Innerhalb der Bruttosteueereinnahmen des Bundes (ausschließliche und gemeinschaftliche Bundesabgaben)⁶⁾ fällt längerfristig vor allem der Bedeutungsverlust der Steuern vom Vermögen auf. Im Wesentlichen sind dies die Grunderwerbsteuer, die Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie die Kapitalverkehrsteuern. Ausgehend von 4,1% im Jahr 1990, hat sich ihr Anteil seit Mitte der neunziger Jahre auf einem konstant niedrigen Niveau von etwa 1,5% der Bruttosteueereinnahmen stabilisiert. Wird nach den zwei jüngsten Urteilen des Verfassungsgerichtshofes zur Erbschafts- und zur Schenkungssteuer (derzeit etwa 0,2% des Bruttosteueraufkommens) auf eine verfassungskonforme Reform verzichtet, dann dürfen Erbschaften und Schenkungen ab Juli 2008 nicht mehr besteuert werden. In der Folge würde sich das Gewicht der vermögensbezogenen Steuern in Österreich weiter verringern.

Die indirekten Steuern erbringen längerfristig einen recht konstanten Beitrag von etwa der Hälfte der Bruttosteueereinnahmen. Innerhalb dieser Gruppe gewinnen die energiebezogenen Steuern (Mineralölsteuer und Energieabgabe) an Bedeutung (1990 4,6%, Bundesvoranschlag 2008 6,9% der gesamten Bundesabgaben). Allerdings ist seit 2004 – dem Jahr mit dem höchsten Anteil der energiebezogenen Steuern (7,7% des gesamten Bruttosteueraufkommens), als Energieabgaben und Mineralölsteuer zuletzt angehoben wurden – ein tendenzieller Rückgang bzw. eine Stagnation zu beobachten, die auch 2007 und 2008 anhalten wird. Diese Angaben berücksichtigen allerdings nur die ursprünglich geplante Erhöhung der Mineralölsteuer um 0,01 € pro Liter Benzin (von 0,417 € auf 0,427 €) bzw. 0,03 € für Dieselkraftstoff (von 0,302 € auf 0,332 €), nicht aber die nach Fertigstellung des Bundesvoranschlages

⁶⁾ Die Bruttosteueereinnahmen des Bundes machen über 90% der gesamten Steuereinnahmen aus; hinzu kommen eigene Landessteuern (deren Volumen allerdings vernachlässigbar ist) sowie eigene Gemeindesteuern.

Entwicklung der Bruttosteueereinnahmen

2007/08 beschlossene zusätzliche Anhebung der Mineralölsteuer um 0,02 € pro Liter Dieselmotorkraftstoff bzw. Benzin⁷⁾. Diese wird den Anteil der energiebezogenen Steuern an den gesamten Bruttosteuerereinnahmen des Bundes ebenso wie die Abgabenquote geringfügig erhöhen⁸⁾.

Gleichzeitig nimmt der Anteil der direkten Steuern langfristig deutlich zu. Gemäß Bundesvoranschlag 2008 wird er auf 48,7% steigen, gegenüber 42,9% im Jahr 1990. Dazu tragen insbesondere die Lohnsteuereinnahmen bei, deren Anteil seit 1990 von etwa einem Viertel des Bruttosteueraufkommens auf gut 30% (2008) wächst. Maßgeblich waren dafür in den letzten Jahren der Anstieg der Beschäftigung (und jüngst auch der Vollzeitbeschäftigung), die durch die Steuerreform 2004/05 verschärfte Steuerprogression sowie das leichte Anziehen der Bruttolöhne und -gehälter. Auch die Körperschaftsteuer, deren Anteil nach dem Rekordjahr 2001⁹⁾ bis 2005 stetig zurückging, gewinnt seither wieder an Gewicht; sie wird für 2008 mit 9% des gesamten Bruttosteueraufkommens veranschlagt. Die veranlagte Einkommensteuer verliert hingegen langfristig an Bedeutung: Trug sie 1990 noch knapp 8% zum Bruttoabgabenerfolg bei, so wird für 2008 ein Anteil von lediglich 4,3% prognostiziert – u. a. eine Folge der verschiedenen in den letzten Jahren eingeführten speziellen Maßnahmen zur Steuerentlastung¹⁰⁾. Die Verlagerung von den Einnahmen aus veranlagter Einkommensteuer zu den Einnahmen aus Körperschaftsteuer dürfte auch mit der fehlenden Rechtsformneutralität des österreichischen Unternehmenssteuersystems zusammenhängen, die mit der Körperschaftsteuersenkung 2005 verstärkt wurde¹¹⁾.

Der Steuerprognose, auf welcher der Bundesvoranschlag 2007/08 beruht, liegt wie dem Voranschlag insgesamt die WIFO-Prognose vom Dezember 2006 zugrunde, die ein Wachstum des nominellen BIP (der relevanten Einflussgröße für die Entwicklung der Steuereinnahmen) von 4,4% 2007 und 4% 2008 vorsah. Im Lichte der aktuellen WIFO-Prognose vom Juni 2007 sowie angesichts des bisher sehr guten Abgabenerfolges ist jedoch heuer eine abermalige Überschreitung des Voranschlags wahrscheinlich.

Dies impliziert zunächst, dass die Abgabenquote stagnieren oder sogar leicht steigen könnte, statt wie ursprünglich erwartet zu sinken (von 41,8% 2006 auf 41,5% des BIP 2008; Übersicht 1). Weiters sollte ein geringeres gesamtstaatliches Defizit möglich sein als im Regierungsprogramm vom Jänner 2007 (-1,1% des BIP) bzw. im aktuellen österreichischen Stabilitätsprogramm und im Bundesvoranschlag 2007 (-0,9% des BIP) geschätzt. Die aktuelle WIFO-Prognose rechnet für das laufende Jahr mit einem Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits auf -0,7% des BIP: unter der Voraussetzung eines planmäßigen Budgetvollzugs auf der Ausgabenseite und der konsequenten Durchsetzung der großen Reformprojekte zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor sowie der Erwirtschaftung eines Überschusses von zusammen 0,4% des BIP durch Länder und Gemeinden.

Bereits 2005 (Mehreinnahmen von knapp 850 Mio. € gegenüber dem Voranschlag) und insbesondere 2006 (Mehreinnahmen von 2,082 Mrd. € brutto und 1,6 Mrd. € netto) übertraf der tatsächliche Abgabenerfolg die veranschlagten Werte merklich. Dazu trugen insbesondere Mehreinnahmen an Körperschaftsteuer (+1.033 Mrd. € bzw. gut +27% gegenüber dem Voranschlag), an Umsatzsteuer (+771 Mio. € bzw. +4%) sowie an Lohnsteuer bei (+392 Mio. € bzw. gut +2%). Das Defizit des Gesamt-

⁷⁾ Die Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuererhöhung vom 1. Juli 2007 sollen gemäß einer politischen Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden von Anfang Juli 2007 für Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes (gemäß Klimaschutzstrategie) verwendet werden.

⁸⁾ Die Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuererhöhung betragen im Vollausbau (ab 2008) unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen aufgrund der Halbierung der Kfz-Steuer 370 Mio. € jährlich (2007 gut 120 Mio. €). Sie werden gemäß den im Finanzausgleichsgesetz festgesetzten Anteilen auf Bund (269 Mio. € p. a.), Länder (69 Mio. € p. a.) und Gemeinden (32 Mio. € p. a.) verteilt.

⁹⁾ Die außerordentlich hohen Körperschaftsteuereinnahmen des Jahres 2001 resultierten ebenso wie die hohen Einnahmen an veranlagter Einkommensteuer primär aus einem Sondereffekt, nämlich der Einführung der Anspruchsverzinsung.

¹⁰⁾ Insbesondere der Einführung bzw. Erhöhung von Forschungs- und Bildungsfreibeträgen und -prämien, der begünstigten Besteuerung nicht entnommener Gewinne sowie der Steuerbegünstigungen für Einnahmen-Ausgaben-Rechner.

¹¹⁾ Dies ist freilich ein Charakteristikum des Unternehmenssteuersystems aller EU-Länder (Schratzenstaller, 2007B).

staates lag 2006 mit –1,1% des BIP daher um 0,6 Prozentpunkte unter der Erwartung laut Bundesvoranschlag 2006 und laut österreichischem Stabilitätsprogramm. Der sehr gute Steuererfolg kompensiert also, dass Länder und Gemeinden zusammen laut Maastricht-Notifikation vom März 2007 mit einem tatsächlichen Maastricht-Überschuss von 0,4% des BIP den auf 0,6% des BIP gesetzten Zielwert des innerösterreichischen Stabilitätspaktes verfehlten.

Die außerordentlich kräftige Zunahme der Körperschaftsteuer dürfte sich heuer fortsetzen. Sie ist primär von der sehr guten Gewinnlage der Unternehmen getrieben und überkompensiert die Steuermindereinnahmen aus der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 2005 (von 34% auf 25%). Darüber hinaus könnten verzögerte Entlastungswirkungen dieser Steuerreform eine Rolle spielen. Zudem fiel der Einnahmenentgang aus der ebenfalls 2005 eingeführten Gruppenbesteuerung (2006 rund 170 Mio. €) bisher relativ niedrig aus, weil erstens bisher nur wenige grenzüberschreitende Gruppen (zur Nutzung allfälliger ausländischer Verluste) gebildet wurden und zweitens die konzerninterne Verrechnung von Verlusten im Inland wegen der allgemein guten Gewinnsituation derzeit wohl eine geringe Rolle spielt.

Übersicht 15: Anteile der Steuerarten am Bruttosteuererwerb

	Insgesamt	Steuern vom Einkommen			Lohnsteuer	Steuern vom Aufwand		Steuern vom Vermögen
		Einkommensteuer	Körperschaftsteuer			Energiebezogene Steuern		
		In %						
1990	42,9	7,9	3,2	24,8	50,6	4,6	4,1	
1995	46,7	5,8	5,4	28,8	50,8	6,0	1,7	
2000	47,1	5,6	7,7	28,7	50,5	6,5	1,4	
2001	50,8	7,1	11,1	27,9	47,1	6,5	1,3	
2002	48,5	5,7	8,3	29,5	49,3	6,9	1,2	
2003	49,5	5,0	8,1	31,7	49,2	7,5	1,3	
2004	48,0	5,0	8,0	30,5	50,3	7,7	1,3	
2005	46,6	4,4	7,7	29,6	51,7	7,6	1,4	
2006	47,1	4,2	8,0	30,0	50,4	7,0	1,5	
2007 ¹⁾	48,1	4,3	8,7	30,1	49,7	6,9	1,5	
2008 ¹⁾	48,7	4,3	9,0	30,4	49,2	6,9	1,5	

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Bundesvoranschlag.

Abbildung 1 stellt für das Jahr 2005 die Struktur der Gesamtabgaben (Steuern auf allen föderalen Ebenen einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge) in Österreich jener im Durchschnitt der EU 15 gegenüber. Der auffälligste Strukturunterschied vertieft sich seit 2003 (*Schrattenstaller*, 2005): Die lohnbezogenen Abgaben (Sozialversicherungsbeiträge und sonstige Steuern auf die Lohnsumme) machen 2005 in Österreich 40,6% der Gesamtabgaben aus, in der EU 15 dagegen nur 29,3%. Zugleich haben die vermögensbezogenen Steuern in Österreich nur geringe Bedeutung, sie tragen zum Gesamtabgabenaufkommen in Österreich 1,3% bei, im Durchschnitt der EU 15 dagegen 5,4%. Um 5 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt liegt in Österreich der Anteil der Steuern von Einkommen (der privaten Haushalte) und Gewinnen (der Unternehmen); leicht unterdurchschnittlich ist der Finanzierungsbeitrag der Steuern vom Verbrauch.

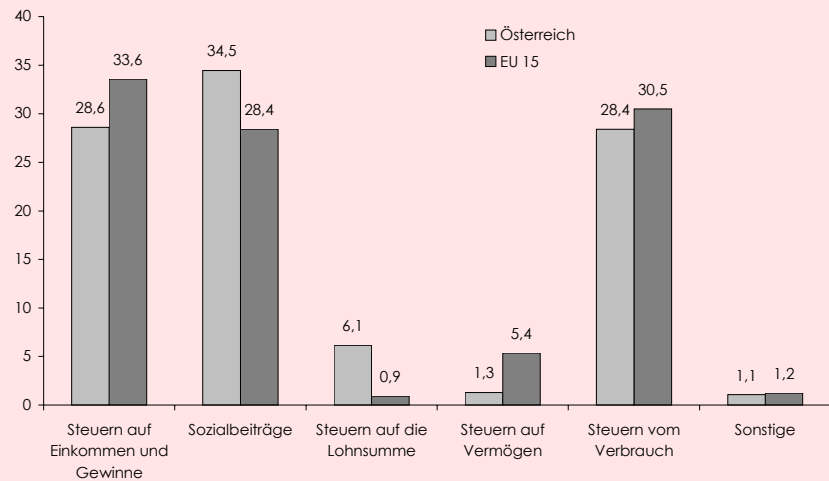
Diese insbesondere aus beschäftigungspolitischer (*Schrattenstaller*, 2006), aber auch aus verteilungspolitischer Sicht problematische Unausgewogenheit der österreichischen Abgabenstruktur wird sowohl durch die für 2008 vorgesehene Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,15 Prozentpunkte¹²⁾ als auch durch den angekündigten Verzicht auf die Reform von Erbschafts- und Schenkungssteuer verstärkt werden¹³⁾.

¹²⁾ Die Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge 2008 (jährliches Volumen 150 Mio. €) soll die Hälfte der erwarteten Mehrausgaben im Gesundheitssystem finanzieren.

¹³⁾ Auch die OECD weist in ihrem jüngsten Länderbericht auf die Problematik der Abgabenstruktur in Österreich hin. Diese wird dadurch verstärkt, dass durch den Verzicht auf die Anpassung des Bewertungsverfahrens Grund- und Immobilienvermögen nicht nur im Rahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer, sondern auch durch die Grundsteuer zunehmend untererfasst werden (vgl. hierzu auch *Berghuber – Picek – Schrattenstaller*, 2007).

Abbildung 1: Abgabenstruktur Österreichs im Vergleich mit der EU 15

2005, Anteile an den Gesamtausgaben in %



Q: OECD, Revenue Statistics 1965-2005, Paris, 2006.

Federal Budget Proposal 2007-08: Between Consolidation and Future-Oriented Expenditure – Summary

Austria's budget policy continues to face challenges that are difficult to reconcile. On the one hand the additional revenues and the expenditure savings in the wake of the economic upswing should be used for the consolidation of the public budgets. On the other, Austria still has to confront deficits in some areas of key importance for the development of the long-term growth path (in particular education, research and development, infrastructure). The federal budget proposal 2007-08 is a compromise between these conflicting requirements. It combines a slower budget consolidation than the dynamic economic situation would allow with slight increases in spending for education, research, science, infrastructure and social protection.

A precondition for the emphasis put on future-oriented expenditure for the years 2007 and 2008 to be pursued also in the longer term will be to create the necessary budgetary leeway. To this end, it will be essential to step up especially the big reform projects aimed at improving the efficiency of activities of the public sector itself: constitutional and administrative reform as well as the federal government's budget law reform. In addition, structural savings on the expenditure side are to enable a substantial tax relief at the end of the legislative period. These measures should reduce government spending ratios both at the federal level and for the overall government.

Since 2000 there have been slight structural shifts in federal government spending. The share of total expenditure accounted for by transfer expenditure is set to grow over a longer period of time; for 2008, it is estimated at 38.6 percent. The main reason behind the dynamic development of transfer expenditure lies in the marked increase in expenditure on family benefits. The share of expenditure on old age protection, accounting for just under 59 percent of all transfer expenditure, remains constantly high.

Of all federal government revenue items, tax-like receipts as well as the federal government's net revenue from taxes are gaining in significance. This implies that revenue from one-off measures is becoming less important and hence sustainability of the federal government's revenue situation is increasing. Over the long term, the most obvious structural change regarding the federal government's gross tax revenue is the relative loss in importance of wealth taxes: starting from 4.1 percent in 1990, their share in the total gross tax revenue has remained stable at a constantly low level of around 1.5 percent since the mid-1990s. At the same time taxes on labour have been gaining in significance in Austria. This imbalance of Austria's taxation structure, which is problematic notably from an employment policy, but also from a distribution policy point of view, will be deepened by the 0.15 percentage point increase in health insurance contributions to be introduced in 2008 as well as by the announced phasing out of the inheritance and gift tax.

- Berghuber, B., Picek, O., Schratzenstaller, M., Perspektiven der Erbschafts- und Schenkungssteuer in Österreich, WIFO, Wien, 2007, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=29518&typeid=8&display_mode=2.
- Bundesministerium für Finanzen, Budget 2005: Zahlen – Hintergründe – Zusammenhänge, Wien, 2004.
- Bundesministerium für Finanzen (2007A), Budgetbericht 2007/2008, Wien, 2007.
- Bundesministerium für Finanzen (2007B), Arbeitsbehelf Bundesfinanzgesetz 2008 – Erläuterungen zum Bundesvoranschlag, Wien, 2007.
- Schatzenstaller, M., "Bundesvoranschlag 2006: Schwerpunkte und Entwicklungslinien in längerfristiger Perspektive", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(4), S. 227-242, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=25519&typeid=8&display_mode=2.
- Schatzenstaller, M., "Teilstudie 12: Wachstumsimpulse durch die öffentliche Hand", in Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E. (Projektleitung und Koordination), WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, WIFO, Wien, 2006, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=27451&typeid=8&display_mode=2.
- Schatzenstaller, M. (2007A), "WIFO-Weißbuch: Wachstumsimpulse durch die öffentliche Hand", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(6), S. 509-526, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=29320&typeid=8&display_mode=2.
- Schatzenstaller, M. (2007B), "Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union – Aktuelle Entwicklungen und Implikationen für die deutsche Steuerpolitik", DIW, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 2007, 76(2), S. 21-38.
- Staatsschuldenausschuss, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2003, Wien, 2004.
- Statistik Austria, Leitfaden Maastricht-Defizit, 2. Auflage, Wien, 2002.